

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · April 2017

**Junge Familien
sind unsere Zukunft**

Unionsfraktion will bessere
Rahmenbedingungen für Eltern

**Deutsche Wirtschaft
im Wettbewerb**

Wachstum ungebremst – Beschäftigung auf Rekordniveau

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Gerda Hasselfeldt

5

Die Fakten

6

Der Brennpunkt
Deutsche Wirtschaft im Wettbewerb

12

Die Themen
»Junge Familien sind unsere Zukunft«

16

Das Gespräch
Andreas Nick über das
schwierige Verhältnis zur Türkei

18

Die Themen
Den Rechtsstaat durchsetzen

19

Die Bilder

20

Die Fraktion
Die Gruppe der Frauen im Porträt

21

Die Antworten
Fragen und Antworten zur Reform
der Betriebsrente

22

Die Zahlen

23

Der Gast
Günter Back fordert Fairness
für die Industrie

23

Impressum

24

Das Zitat

6

Die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts
Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte.
Die Koalition stellt die Weichen für weiteres
Wachstum und mehr Beschäftigung.



© fatihcarca/Stockphoto

12

Junge Familien sollen ihr Leben nach eigenen
Vorstellungen gestalten können. Die Unions-
fraktion unterstützt sie dabei mit finanziellen
Mitteln und dem Ausbau der Kinderbetreuung.



© Ute Grabowsky/phototek.net

18

Menschen ohne Bleiberecht müssen
Deutschland wieder verlassen. Die Union
setzt sich dafür ein, dass die Ausreisepflicht
auch durchgesetzt werden kann.



© Christoph Haritz/Geleier-Fotopress/Picture Alliance



© Laurence Chapeton

Liebe Leserinnen und Leser,

das Wirtschaftswachstum ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Wohlstands. Wenn die Wirtschaft wächst, entstehen neue und vor allem besser bezahlte Arbeitsplätze. Mit den wachsenden Einkommen nimmt auch der Staat mehr ein und kann wiederum mehr investieren in Infrastruktur und Bildung, in Alterssicherung und Umwelt, in innere Sicherheit und Verteidigung.

Die CDU/CSU-geführten Regierungen haben seit 2005 sehr viel unternommen, um das Wirtschaftswachstum zu stärken. Mit Erfolg: Die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordniveau und die Löhne steigen. Weil eine funktionierende Wirtschaft so zentral ist für unser Wohlergehen, haben wir das Thema zum Brennpunkt der Aprilausgabe von »Fraktion direkt« gemacht. Sie lesen hier, welche Weichen wir gestellt haben – von den Investitionen in Bildung und Forschung über den Ausbau der Infrastruktur bis zur Entlastung der Unternehmen von Bürokratie. Damit Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt, muss die Wirtschaft vor allem bei den Innovationen in einer Spitzenposition bleiben.

Wichtig sind uns auch die Familien, denen wir uns in einem weiteren großen Bericht widmen. Wir gehen das Thema Familienförderung ohne ideologische Scheuklappen an. Für uns zählt die Wahlfreiheit. Damit junge Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können, haben wir die Kinderbetreuung ausgebaut und zahlreiche Familienleistungen aufgestockt. Wir kümmern uns um Alleinerziehende und vergrößern die Teilhabechancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Auch Menschen, die nahe Angehörige pflegen, bekommen unsere Unterstützung.

Ein Thema, das uns fortlaufend beschäftigt in dieser Wahlperiode, ist die Asylpolitik. Der Anteil der Asylanträge, die positiv beschieden werden, beträgt etwas mehr als die Hälfte. Diesen Menschen helfen wir bei der Integration. Klar ist aber auch, dass diejenigen, die kein Bleiberecht bekommen, unser Land wieder verlassen müssen. Leider ist die Zahl der Rückkehrer immer noch zu niedrig. Deshalb haben wir ein Gesetz auf den Weg gebracht, das uns in die Lage versetzt, die Ausreisepflicht besser durchzusetzen. Der Bund macht also seine Hausaufgaben. Nun erwarten wir auch von den Bundesländern, zumal den rot-grün und rot-rot-grün regierten, dass sie konsequent abschieben.

h

Volker Kauder

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

SPD im Krebsgang

Nur eine starke Union kann Rot-Rot-Grün verhindern

In ihrer Gerechtigkeits-Show vergisst die SPD, ihre Verantwortung für Deutschland wahrzunehmen. So geschehen bei der Abstimmung zu sicheren Herkunftsstaaten im Bundesrat Mitte März: Wieder einmal haben SPD, Grüne und Linke die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer blockiert, obwohl sie nicht nur dringend nötig wäre, sondern die SPD selbst im Bundestag dafür gestimmt hat. Dabei sind die Anerkennungsquoten der Asylbewerber aus Tunesien, Algerien und Marokko ohnehin gering. Die meisten kommen aus wirtschaftlichen Gründen zu uns. Mit der Einstufung würden die Verfahren vereinfacht und beschleunigt, außerdem Rückführungen erleichtert. Und wir würden ein Signal an die Herkunftsländer senden: Es lohnt sich nicht, sich auf den oft lebensbedrohlichen Weg nach Deutschland zu machen. Wir brauchen unsere Kapazitäten für diejenigen, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind.

Die rot-rot-grüne Blockade ist noch unverständlicher, da Frau Kraft aus Nordrhein-Westfalen Bundesinnenministerin de Maizière vorwirft, nicht genug für schnellere Abschiebungen zu tun. Dabei sind es ja gerade SPD-regierte Bundesländer wie Schleswig-Holstein, die sich weigern, abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan abzuschicken. Gleiches ist im Land Berlin zu beobachten: Hier sind Abschiebungen Ultima Ratio.

Die Union tut auf Bundesebene alles, um die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Aber in den Ländern zieht die SPD nicht mit. Das konterkariert auch die Erfolge der Bundeskanzlerin, die mit Tunesien bereits schnellere Abschiebungen vereinbart hat. Zuverlässigkeit sieht anders aus.

»Das Verhalten der SPD wird zum Sicherheitsrisiko.«

Auch bei der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige ist die SPD wortbrüchig geworden. Es gibt keinen Grund, von guten Regelungen abzurücken, die die SPD auf höchster Ebene mitgetragen hat. Im Gegenteil: Die Union setzt sich dafür ein, dass der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz über 2018 hinaus ausgesetzt bleibt. Das sind wir auch unseren Kommunen schuldig, die vor Ort tausende Menschen unterbringen und gut integrieren müssen. Sie dürfen durch den Familiennachzug nicht überfordert werden.

Die Liste an Unzuverlässigkeiten lässt sich beliebig fortsetzen. Auf Bundesebene stimmt die SPD zum Beispiel für weitere Möglichkeiten der Videoüberwachung, in den Ländern boykottiert sie diese. Sie behauptet völlig zu Unrecht, mehr Videoüberwachung sei nutzlos. Gleiches gilt für die Überwachung von Gefährdern mittels elektronischer Fußfesseln. Daran sieht man: Diese Blockadehaltung hat auch eine sicherheitspolitische Dimension.

Die SPD krebst derzeit vor sich hin: Es geht einen Schritt vor und zwei zurück. Sie weicht von guten und sinnvollen Beschlüssen ohne sachlichen Grund ab. Und ihr neuer Parteivorsitzender liefert 100 Prozent Show, aber null Prozent Konkretes. Mit der SPD kommt Deutschland nicht vorwärts, sondern bleibt zurück. Verhindern kann das nur eine starke Union.



Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe

Wussten Sie, dass...

...Patienten leichter innovative Medikamente erhalten?

Ärzte können sich künftig mit Hilfe einer Praxissoftware schneller und genauer über den Nutzen neuartiger Medikamente informieren. Damit können sie leichter feststellen, für welche Patienten ein innovatives Präparat geeignet ist. Das ist Teil einer Gesetzesnovelle zur Arzneimittelversorgung, die der Bundestag im März verabschiedet hat. Außerdem soll die Entwicklung von Medikamenten für Kinder vorangetrieben werden.

Für Impfstoffe wird das Ausschreibungsverfahren abgeschafft. So soll verhindert werden, dass es zu Lieferengpässen kommt. Pharmaunternehmen werden zudem verpflichtet, sofort die Krankenhäuser zu informieren, wenn sie Kenntnisse über Lieferengpässe bei bestimmten Arzneimitteln haben. Auch Behörden haben die Möglichkeit, vom Hersteller Informationen über Absatzmengen und Verschreibungsvolumen des betreffenden Arzneimittels zu fordern. Krankenhausapotheken können zur Überbrückung von Lieferengpässen Importarzneimittel im angemessenen Umfang auf Vorrat bestellen.

Mit der Abschaffung des Ausschreibungsverfahrens bei Krebsmedikamenten soll verhindert werden, dass Krebspatienten Nachteile entstehen, deren Präparate von Apotheken eigens für sie angefertigt werden. Wegen der Ausbreitung multiresistenter Keime soll auch die Forschung nach neuen Antibiotika angeregt werden. Dafür wird den Herstellern größere Freiheit bei der Preisgestaltung eingeräumt.

 Bundestagsdrucksache
18/11449

...Vollverschleierung in offiziellen Funktionen verboten wird?

In einer offenen Gesellschaft zeigen die Menschen ihr Gesicht. Ein unverhülltes Gesicht ermöglicht buchstäblich eine Kommunikation auf Augenhöhe. Radikale Strömungen im Islam verlangen von Frauen jedoch eine Vollverschleierung. Um hier frühzeitig Grenzen zu ziehen, hat die Koalition auf Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Vollverschleierung für Beamte und Soldaten während der Ausübung ihres Dienstes untersagt.

Eine vertrauensvolle Kommunikation mit den Bürgern und Kollegen, mit Vorgesetzten und Mitarbeitern sei nur möglich, wenn Beamte ihr Gesicht zeigten, heißt es im Gesetzentwurf. Außerdem stehe eine religiös oder weltanschaulich motivierte Verschleierung im Dienst der staatlichen Neutralitätspflicht entgegen. Das Tragen von Burkas und Niqabs beispielsweise ist damit nicht vereinbar.

Laut Gesetzentwurf gilt das Verschleierungsverbot etwa für Beamte, Soldaten und Wahlhelfer. Ausnahmen sind nur bei gesundheitlichen Gefahren wie Infektionen oder zum Eigenschutz zulässig. Zudem werden im Personalausweisgesetz und einer Reihe anderer Gesetze Regelungen getroffen, die sicherstellen sollen, dass das Gesicht einer Person stets mit dem Foto im Lichtbildausweis verglichen werden kann. Auch wer sein Kreuz bei einer Wahl machen will, muss eine Identifizierung anhand des Gesichts zulassen.

 Bundestagsdrucksache
18/11180

...die große Koalition automatisiertes Fahren rechtlich regeln will?

Der technische Fortschritt im Automobilbau macht es möglich, dass Computersysteme in bestimmten Situationen die Steuerung des Fahrzeugs übernehmen können. Das Straßenverkehrsgesetz soll nun entsprechend angepasst werden. Der Gesetzentwurf, der Ende März vom Bundestag beschlossen wurde, sieht unter anderem vor, dass die Fahrer bei eingeschalteter Automatik die Hände vom Lenkrad nehmen und sich mit anderen Dingen wie etwa dem Unterhaltungssystem des Autos beschäftigen dürfen, ohne den Vorwurf der Fahrlässigkeit zu riskieren. Sie müssen aber in der Lage sein, bei einer rechtzeitigen Warnung des Systems wieder die Kontrolle des Fahrzeugs zu übernehmen.

Die geplanten Änderungen im Straßenverkehrsrecht ebnen den Weg für den nächsten Innovationsschub im Autoverkehr. So kann die Anzahl der Unfälle weiter reduziert werden. Für den Einsatz der Technik sollen schon jetzt die entsprechenden Haftungs- und Datenschutzfragen geklärt werden. Damit wird Rechtssicherheit für die Fahrer, aber auch für die Hersteller geschaffen.

Es ist davon auszugehen, dass diese hoch- und vollautomatisierten Fahrzeuge zunächst nur auf Autobahnen und bei Geschwindigkeiten bis zu 130 Stundenkilometern zum Einsatz kommen. Danach wird technisch auch die Nutzung auf Landstraßen und im Stadtverkehr möglich sein, wo sehr viel komplexere Verkehrssituationen zu bewältigen sind. Vom Gesetzentwurf noch nicht umfasst ist die langfristig zu erwartende Entwicklung hin zum autonom fahrenden Auto. Der Nutzer wird dann zum Passagier.

 Bundestagsdrucksache
18/11300



Triebwerksmechanikerinnen
bei der Arbeit

Deutsche Wirtschaft im Wettbewerb

Wachstum ungebremst – Beschäftigung auf Rekordniveau –
Koalition investiert in Infrastruktur, Bildung und Forschung

Die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands ist eine Erfolgsgeschichte. Seit 2010 wächst die deutsche Wirtschaft ununterbrochen. Arbeitnehmer und Rentner verfügen über steigende Realeinkommen und die Beschäftigtenzahl ist auf Rekordniveau. Gleichzeitig befindet sich die Arbeitslosenzahl mit 2,76 Millionen im Februar auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Noch zu Beginn der Kanzlerschaft Angela Merkels 2005 hatte sie mit fast 5,0 Millionen ihren traurigen Höhepunkt erreicht.

Auch im internationalen Vergleich steht Deutschland ausgezeichnet da. Nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fiel die Arbeitslosenquote unter 4,0 Prozent. In Spanien beträgt sie 18,4, in Italien 12,0 und in Frankreich 9,6 Prozent.

Keine neuen Schulden – keine höheren Steuern

»Die positive Wirtschaftsentwicklung verdanken wir vor allem unseren wettbewerbsfähigen, innovativen Unternehmen und ihren engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie ist aber auch das Ergebnis einer klugen Standortpolitik, die die richtigen Rahmenbedingungen setzt«, hebt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs (CDU), hervor. Der Bund tut das Seine: Er kommt seit 2014 ohne neue Schulden aus, und das unter Verzicht auf Steuererhöhungen.

Spanien, Italien und Frankreich verschulden sich hingegen Jahr für Jahr in Milliardenhöhe neu. Da bekanntlich die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, ist ein Haushalt ohne Neuverschuldung ein wichtiges Stück Generationengerechtigkeit. Trotzdem ist es der unionsgeführten Koalition gelungen, die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bis zum Jahr 2018 um rund 40 Prozent gegenüber 2014 zu steigern. Gleichzeitig steckt sie Milliarden in den Ausbau der IT-Infrastruktur, damit vor allem der ländliche Raum und die Gewerbegebiete an Glasfasernetze angeschlossen werden können.

Aber auch die modernste Infrastruktur macht nur Sinn, wenn über sie international wettbewerbsfähige Güter und Dienstleistungen transportiert werden können. Um diese zu entwickeln und zu produzieren, bedarf es gut ausgebilde-

»Die Wirtschaftsentwicklung ist das Ergebnis einer klugen Standortpolitik.«

Wider den Amtsschimmel

Kleine und mittlere Unternehmen entlastet – Bürokratieabbau bleibt Daueraufgabe

Bürokratie ist nicht nur lästig, sie kostet auch Zeit und Geld. Besonders kleine und mittlere Unternehmen stöhnen über Dokumentations- und Berichtspflichten, über die Vielzahl der Belege, die sie aufbewahren müssen. Auf Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Koalition in dieser Legislaturperiode bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft in die Wege geleitet. Trotzdem bleibt der Kampf gegen den Amtsschimmel eine Daueraufgabe.

Im März haben sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, die Grenze für die Sofortabschreibung sogenannter geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 auf 800 Euro anzuheben – die erste Anhebung seit mehr als 50 Jahren. Tablets oder Smartphones, Bohrmaschinen oder Bürostühle, die die Schwelle von 800 Euro nicht überschreiten, können damit im Jahr ihrer Anschaffung sofort komplett steuerlich geltend gemacht werden. Der Kaufpreis muss nicht wie bisher über mehrere Jahre abgeschrieben werden. Damit müssen die geringwertigen Wirtschaftsgüter auch nur noch im Jahr der Anschaffung in einem gesonderten Verzeichnis aufgelistet werden. Gerade kleinen und mittleren Betrieben kommt das zugute.

Für jede neue Vorschrift eine alte abschaffen

Darüber hinaus hat die Koalition in dieser Legislatur zwei Bürokratieentlastungsgesetze auf den Weg gebracht. Das erste wurde 2015 verabschiedet und entlastet insbesondere die 3,6 Millionen kleine und mittlere Unternehmen – darunter vor allem junge und schnell wachsende Firmen – um 744 Millionen Euro pro Jahr, indem sie unter anderem von Aufzeichnungs- und Meldefristen befreit werden. Das zweite Gesetz, das Ende März vom Bundestag beschlossen wurde, bringt Ersparnisse von 363 Millionen Euro pro Jahr – unter anderem durch kürzere Aufbewahrungsfristen von Lieferscheinen, höhere Pauschalierungsgrenzen und die Umstellung auf elektronische Verwaltungsverfahren. Hiervon profitieren besonders Unternehmen mit zwei bis drei Mitarbeitern, also vor allem kleine Handwerksbetriebe.

Bereits seit Anfang 2015 ist außerdem die »Bürokratiebremse« in Kraft. Mit ihr verpflichtet sich die Bundesregierung generell, den

bürokratischen Aufwand für die Wirtschaft in Grenzen zu halten. Die Regel, auch bekannt unter dem Namen »One in – one out«, besagt, dass für jede neue bürokratische Pflicht, die die Regierung der Wirtschaft aufbürdet, binnen eines Jahres eine andere abgebaut werden muss. Die Ersparnis dadurch betrug laut Bundeswirtschaftsministerium allein seit 2015 rund eine Milliarde Euro.

ter und kreativer Köpfe. Die unionsgeführten Bundesregierungen haben deshalb das Budget für Bildung und Forschung in den letzten elf Jahren mehr als verdoppelt.

Die Unternehmen brauchen aber nicht nur Akademiker, sondern auch hochqualifizierte und in der Praxis geschulte Fachkräfte. Mit dem Ausbau des »Meister-BAföG« zum »Aufstiegs-BAföG« können sich Fachkräfte jetzt leichter fortbilden. »Damit unterstreichen wir die Bedeutung, die gut ausgebildetes, praktisches Fachpersonal für die Wirtschaft hat«, betont der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Joachim Pfeiffer (CDU).

»Wir wollen, dass es den Menschen noch besser geht.«

Auch wenn in Deutschland viel erreicht wurde – für Selbstzufriedenheit besteht kein Anlass. »Es gilt weiterhin die unbequeme Wahrheit, dass eine funktionierende Wirtschaft nicht vom Himmel fällt, sondern jeden Tag neu erarbeitet werden muss«, mahnt der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU) und präzisiert den Anspruch der Union für die nächsten Jahre: »CDU/CSU streben nicht nur an, dass es den Menschen weiter gut geht. Wir wollen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern 2025 insgesamt noch besser geht.«

Die Zukunft lässt sich allerdings nicht mit den Rezepten der Vergangenheit gestalten. In einem vielbeachteten Beitrag in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hat der scheidende Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, vor einem »politischen Wettlauf um die höchsten Zahlungen« im Sozialbereich gewarnt. Dieser führe in eine Sackgasse, denn er schaffe oder sichere keine Arbeitsplätze, sondern belaste Steuer- und Beitragszahler.

Die Union ist sich der Last bewusst, die gerade die hart arbeitende Mitte der Gesellschaft trägt. Sie plant deshalb, die Steuerzahler in der nächsten Legislaturperiode um 15



© Andrii Kozachenko/Fotolia



© Michael Gotschalk/Photothek/Getty Images

Fertigung von Elektro-Autos

Milliarden zu entlasten. Gleichzeitig sollen die Lohnnebenkosten möglichst stabil gehalten werden. Mehr Netto vom Brutto stärkt die Kaufkraft der Menschen und macht Deutschland auch im internationalen Wettbewerb um gut qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels wird das Werben um ausländisches Fachpersonal in den nächsten Jahren stark an Bedeutung gewinnen.

Eine der größten Herausforderungen liegt in der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sieht in Deutschland »das digitale Leistungszentrum Europas«. Als Beispiel führt er die deutsche Automobilindustrie an, die bei Zukunftstechnologien wie dem automatisierten und vernetzten Fahren führend sei. Befürchtungen, dass die digitale Revolution Arbeitsplätze in großem Stil überflüssig mache, teilt er nicht. Dobrindt ist davon überzeugt, dass »digitale Innovationen neue Berufsfelder entstehen lassen und hunderttausende Jobs schaffen«.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland weiter stärken. Die Investitionen für Forschung und Entwicklung sollen von jetzt rund 3,0 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP bis 2025 steigen. Um den Unternehmen diese Aufgabe zu erleichtern, spricht sich die Fraktion für eine steuerliche Forschungsförderung aus, die besonders auf die kleinen und mittleren Unternehmen zielt.

»Deutschland ist das digitale Leistungszentrum Europas.«

Voraussetzung für den Sprung in die digitale Innovationsgesellschaft sind moderne und leistungsfähige High-Speed-Netze. Bundesregierung und Wirtschaft wollen deshalb bis 2025 insgesamt 100 Milliarden Euro in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren. Für die Verkehrsinfrastruktur sieht der Bundesverkehrswegeplan bis 2030 sogar 270 Milliarden Euro vor. Damit das Geld wie geplant verbaut werden kann, müssen allerdings die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die von Minister Dobrindt ins Leben gerufene Plattform Planungsbeschleunigung hat die Aufgabe, dafür konkrete Empfehlungen zu erarbeiten.

Sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

Die sichere Versorgung der Wirtschaft mit Energie erhält in der digitalisierten Welt noch einmal eine ganz neue Bedeutung. Schon kürzeste Stromausfälle im Millisekundenbereich können ganze Produktionsabläufe gefährden. Gleichzeitig muss Strom bezahlbar bleiben. Mittelfristig müsse deshalb ganz auf die Förderung der Erneuerbaren Energien verzichtet werden, welche den Strompreis in die Höhe treibt, fordert der Energiebeauftragte der CDU/CSU-Fraktion, Thomas

Bareiß (CDU). Er tritt auch dafür ein, dass nach wie vor moderne konventionelle Kraftwerke gebaut werden, »damit wir auch dann Strom haben, wenn die Sonne nicht scheint oder beim Wind Flaute herrscht.« Beim Thema Klimaschutz dürfe die Union nicht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie aus den Augen verlieren, mahnt er.



High-Speed-Netze
flächendeckend ausbauen

Die berufliche Bildung muss attraktiver werden

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer über Chancengerechtigkeit und Innovationen in Deutschland



© Sebastian Kahmert/Picture Alliance/dpa

Herr Kretschmer, wenn Deutschland wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben will, braucht es gut ausgebildete Arbeitskräfte. Ist unser Bildungssystem leistungsfähig genug?

Kretschmer: Das deutsche Bildungssystem ist eines der besten weltweit. Die besondere Stärke liegt in einem ausgewogenen Mix von beruflicher und akademischer Bildung. Unser weltweit einzigartiges duales System und unser ausdifferenziertes Wissenschaftssystem – mit exzellenten Universitäten in der Spitze und soliden Hochschulen in der Fläche – sind das Rückgrat unserer Inno-

vationskraft und damit die Grundlage unseres Wohlstandes.

Es wird immer wieder bemängelt, dass die Bildungschancen in Deutschland zu stark von der sozialen Herkunft abhängen. Wie steht es um die Chancengerechtigkeit?

Kretschmer: Die von Angela Merkel geführten Bundesregierungen haben in einer beispiellosen Kraftanstrengung das Budget für Bildung und Forschung mehr als verdoppelt und damit

die Bildungschancen von Millionen Kindern und Jugendlichen substanziell verbessert. Neben der Schaffung von Studienplätzen engagiert sich der Bund auch in der Ausbildungsfinanzierung. Wir haben das BAföG erhöht und die Leistungsverbesserungen auch auf die Begabtenförderungswerke übertragen.

Was kann der Staat tun, um den Bildungsstandard zu erhöhen?

Kretschmer: Angesichts des drohenden Fachkräftemangels müssen wir die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöhen. Wir wollen in den Köpfen der Jugendlichen und ihrer Eltern verankern,

dass es nach der Hochschulreife mit der beruflichen Bildung einen arbeitsmarktnahen und damit sicheren Karriereweg gibt. Nur so kann eine Berufsausbildung als gleichwertige Alternative zu einer akademischen Ausbildung gesehen werden. Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat hierfür die richtigen Weichen gestellt, unter anderem mit dem Ausbau des Meister-BAföG. Diese Anstrengungen müssen wir in der nächsten Wahlperiode fortsetzen und den Aufbau einer höheren Berufsbildung vorantreiben.

Die Stärke Deutschlands liegt in seiner Innovationskraft. Welche Rahmenbedingungen brauchen innovative Unternehmen?

Kretschmer: Der Innovationsstandort Deutschland belegt im globalen Maßstab dauerhaft Spitzenplätze. So ist die Anzahl weltmarktrelevanter Patente im Verhältnis zu den Einwohnern bei uns mehr als doppelt so hoch wie in den USA. Innovationspolitischen Nachholbedarf sehe ich auf dem Gebiet der Firmengründungen, insbesondere bei den Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Start-ups, sowie bei unternehmerischen Ausgründungen aus Universitäten. In Deutschland schrecken Professoren oft vor Firmengründungen zurück – auch weil Erfolg kaum honoriert, ein Scheitern dafür aber umso mehr belächelt wird.

Deutschland ist durch den gemeinsamen Binnenmarkt untrennbar mit seinen EU-Partnern verbunden. Der relative Anteil Europas an der Weltwirtschaft ist allerdings im letzten Vierteljahrhundert von 31 auf 22 Prozent gefallen. Der Wirtschaftsstandort Europa hat deshalb im Wettbewerb mit Asien und den USA nur dann eine Chance, wenn die EU geschlossen auftritt. Das gilt besonders im Kampf gegen Protektionismus. Nur bei offenen Weltmärkten werden sich Deutschland und Europa auch in den kommenden Jahrzehnten global behaupten können.



© Kate Mitchell/Corbis/Getty Images

Familien sollen
Wahlfreiheit haben.

»Junge Familien sind unsere Zukunft«

Unionsfraktion will bessere Rahmenbedingungen für Eltern –
Wahlfreiheit oberste Maxime



»Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur.«

So vielfältig Familien sind – die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bringt allen die gleiche Wertschätzung entgegen. Dabei ist der Union wichtig, dass Familien ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Dafür benötigen sie finanzielle und strukturelle Unterstützung.

Hier haben CDU und CSU in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht: Das Elterngeld etwa wurde von einer CDU-Familienministerin eingeführt und in dieser Legislaturperiode um das ElterngeldPlus erweitert. Daneben hat die Union den massiven Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben. Für alleinerziehende Mütter und Väter wurde der steuerliche Entlastungsbetrag deutlich angehoben. Außerdem wurden Kindergeld und Kinderzuschlag mehrfach erhöht.

»Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur – und über die letzten Jahre haben wir diese Rahmenbedingungen für Familien entscheidend verbessert«, erklärt die

stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Nadine Schön (CDU). »Nun sehen wir, dass Paaren das Ja zum Kind wieder leichter fällt und die Geburtenrate endlich steigt. Das ist auch ein Ergebnis der Familienpolitik der Union.« Marcus Weinberg (CDU), der familienpolitische Sprecher der Fraktion bekräftigt: »Geld alleine hilft nicht, aber das Gesamtkonzept aus finanziellen und strukturellen Maßnahmen sowie eine familienbewusste Arbeitswelt wirken.«

Nadine Schön hebt hervor, dass die Union den Eltern »kein bestimmtes, vermeintlich zeitgemäßes Lebensmodell überstülpen« will. Staatliche Unterstützung solle Familien vielmehr die Möglichkeit eröffnen, das von ihnen bevorzugte Modell zu leben. Eine familienpolitische Maßnahme in diesem Sinne sei das vor zehn Jahren eingeführte Elterngeld mit seinen Partnermonaten. Es ermögliche Eltern, sich ohne große finanzielle Einbußen Zeit für die Betreuung ihres Kindes zu nehmen.

Auch Väter nehmen sich häufig eine Auszeit

Schön und Weinberg sind sich einig, dass das Elterngeld zu einem gesellschaftlichen Wandel beigetragen habe: »Mittlerweile ist es völlig normal, dass Väter eine Auszeit nehmen, um sich um ihre Kinder zu kümmern.« Niemand spreche mehr abschätzig vom »Wickelvolontariat«.

Der Vorsitzende des Bundestagsfamilienausschusses, Paul Lehrieder (CSU), zeigt sich daher erfreut, dass aufgrund steigender Geburtenzahlen auch für das Elterngeld mehr Mittel bereitgestellt wurden, nämlich 6,4 Milliarden Euro für dieses Jahr. Das ElterngeldPlus gebe Eltern zudem mehr Möglichkeiten, die Betreuungszeiten individuell zu gestalten. »Entscheiden sich die Eltern für Teilzeitarbeit während des Erziehungsjahres, können sie das Elterngeld jetzt sogar doppelt so lange beziehen.«

Familienpolitik entideologisieren

Einen weiteren Aspekt hebt Marcus Weinberg hervor: »Wir entideologisieren die Familienpolitik – weg von Begriffen wie Rabenmutter oder Herdprämie. Stattdessen bringen wir Familien mehr Vertrauen entgegen und bieten auch Unternehmen neue Perspektiven bei der Personalplanung.«

Neben der finanziellen Unterstützung brauchen Familien eine gute Infrastruktur. Deshalb fördert der Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung seit 2008 mit rund 7,2 Milliarden Euro. »Allein in diesem Jahr wird das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau auf insgesamt 446 Millionen Euro aufgestockt«, führt Paul Lehrieder aus. Und das, obwohl es hier eigentlich um eine Aufgabe der Länder und Kommunen gehe.

Sorge bereitet den Familienpolitikern die Kinderarmut in Deutschland. Sie betrifft zu einem großen Teil Kinder von Alleinerziehenden. »Alleinerziehende stehen im Alltag und in finanzieller Hinsicht vor deutlich größeren Herausforderungen als Familien mit zwei Elternteilen«, beschreibt Marcus Weinberg die Problematik. »Damit ihr Familienleben reibungslos verläuft, benötigen sie jeden Euro.«

Die unionsgeführte Koalition hat daher den Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende angehoben und erstmals nach der Kinderzahl gestaffelt: Der Freibetrag mit einem Kind liegt jetzt bei 1.908 Euro, für jedes weitere Kind werden zusätzlich 240 Euro hinzugerechnet. Außerdem wurde in den letzten Jahren nicht nur der Kinderzuschlag, sondern auch das Kindergeld mehrfach erhöht. Eine weitere Erhöhung ab 2018 ist vorgesehen.

Armut vermeiden

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Armutsvermeidung hat die Koalition mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses ergriffen. Denn die finanzielle Situation von Alleinerziehenden verschärft sich, wenn ehemalige Partner keinen Kindesunterhalt zahlen. »Daher haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Unterstützung künftig bis zum 18.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bund beteiligt sich mit Milliarden am Ausbau der Kinderbetreuung – Qualität hat ihren Preis

Junge Eltern sollen nach den Vorstellungen der Unionsfraktion frei wählen können, ob sie ihre Kinder zu Hause erziehen oder in einer Kindertagesstätte betreuen lassen wollen. Für diejenigen Eltern, die weiter ihrem Beruf nachgehen wollen oder müssen, ist ein gut ausgebautes Netz von Betreuungseinrichtungen Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf des Familienalltags. Deshalb beteiligt sich der Bund am Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, für den eigentlich Länder und Kommunen zuständig sind.

Seit 2008 fördert der Bund den Ausbau von Kindertagesstätten mit rund 7,2 Milliarden Euro. Aktuell befindet sich ein viertes Investitionsprogramm in der parlamentarischen Beratung, das 1,126 Milliarden Euro umfasst. Damit sollen bis 2020 rund 100.000 zusätzliche Plätze nicht nur für unter Dreijährige, sondern für alle Kinder bis zum Schuleintritt geschaffen werden. Den Eltern sollen auf diese Weise möglichst passgenaue Lösungen angeboten werden.

Heute werden mit rund 720.000 etwa doppelt so viele Kinder in Kitas und der Tagespflege betreut als zu Beginn des Ausbauprogramms 2008. Das erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie enorm. Der Bund förderte den Ausbau in mehreren Etappen. So stellte er bis 2014 schon 5,4 Milliarden Euro für Ausbau und Betriebskosten der Kitas zur Verfügung. Mit dem dritten Investitionsprogramm von 2015 wurde die Summe nochmals um 550 Millionen Euro aufgestockt. 2016 startete das Programm KitaPlus, das bis 2018 läuft und mit weiteren 100 Millionen Euro ausgestattet ist.

Im Fokus steht dabei der Ausbau von Ganztagsplätzen. Denn immer

mehr Eltern, vor allem Alleinerziehende, sind erwerbstätig, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Zahlreiche Mütter und Väter arbeiten auch im Schichtbetrieb. Um diesen Eltern einen Betreuungsplatz anbieten zu können, müssen manche Einrichtungen ihr Angebot erweitern: Sie brauchen Küchen für die Verpflegung und Schlafräume für die Mittagsruhe der Kinder. Benötigt werden auch Spiel- und Sporträume, Elterncafés oder barrierefreie Ausstattungen. Damit möglichst viele junge Familien Betreuungsplätze erhalten, setzt sich die CDU/CSU-Fraktion dafür ein, dass auch Betriebe, die für die Kinder ihrer Beschäftigten Betreuungsplätze schaffen, weiterhin gefördert werden.

Aber nicht nur die Quantität, auch die Qualität der Betreuung zählt. Beschäftigt werden gut ausgebildete, motivierte und liebevolle Erzieherinnen und Erzieher, die angemessen bezahlt werden müssen.





© Shutterstock/Blend Images/Getty Images

Mehr Anerkennung für pflegende Angehörige

Lebensjahr der Kinder möglich ist«, erklärt Weinberg. Bislang galt der Anspruch nur bis zum Alter von zwölf Jahren. Zudem wird die bisherige Höchstbezugsdauer von 72 Monaten abgeschafft.

Schwierigkeiten, einen mit den Anforderungen des Familienalltags zu vereinbarenden Arbeitsplatz zu finden, haben nicht nur Alleinerziehende. Nadine Schön fordert daher Jobcenter auf, stärker mitzuhelfen, um alle Hürden für eine Erwerbstätigkeit von Vätern oder Müttern aus dem Weg zu räumen: »Die Betroffenen brauchen direkte Unterstützung bei der Organisation einer guten Kinderbetreuung und auch im Hinblick auf familiengerechte Arbeitsbedingungen.« Um Kindern aus einkommensschwachen Familien Teilhabechancen zu eröffnen, seien außerdem Hilfen wie Familienpatenschaften und Bildungsförderung von Anfang an notwendig.

In große moralische und häufig auch finanzielle Not kann Familien die Pflegebedürftigkeit von nahen Angehörigen bringen.

»Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause betreut«, betont Paul Lehrieder. Zur Entlastung der Betroffenen gibt es seit dem 1. Januar 2015 einen

Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit, der eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglicht.

Weinberg zeigt sich sehr froh über diesen Schritt, »denn für die CDU/CSU-Fraktion war die bessere Anerkennung derer, die zu Hause die Pflege eines nahen Angehörigen übernehmen, ein zentrales Anliegen«. Das Gesetz sieht eine zehntägige, bezahlte Auszeit vom Job vor, damit der Betreffende die Pflege des Angehörigen organisieren kann. Darüber hinaus können Beschäftigte sechs Monate komplett und bis zu 24 Monate teilweise aus dem Beruf aussteigen, wenn sie sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern.

Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode mahnt Nadine Schön: »Junge Familien sind unsere Zukunft. Daher sollte es uns allen ein besonderes Anliegen sein, gerade sie stärker zu entlasten.« Zum Beispiel plane die Union, junge Familien beim Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen. »Letzten Endes aber kann Familienfreundlichkeit nicht staatlich verordnet werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder seinen Teil beitragen muss.«

»Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut.«



Andreas Nick
Mitglied im Auswärtigen
Ausschuss, Berichterstatter der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
für die Türkei

© Steven Rösler

Bei Menschenrechten gibt es keinen Rabatt

Andreas Nick über das schwierige Verhältnis zur Türkei und die Provokationen Erdogans

Die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan entfernt sich immer mehr von europäischen Werten und demokratischen Standards. Kurz vor dem türkischen Referendum über eine Verfassungsreform haben die Provokationen gegenüber Europa, insbesondere gegenüber Deutschland und den Niederlanden, ein schwer erträgliches Ausmaß angenommen. Über aktuelle Entwicklungen und notwendige Konsequenzen sprach »Fraktion direkt« mit dem CDU-Abgeordneten und Berichterstatter für die Türkei, Andreas Nick.

Herr Nick, Mitte April stimmen die Bürger der Türkei über eine Verfassungsreform ab,

die den Präsidenten über die Maßen stärkt und die Rechte des Parlaments beschneidet. Der Europarat befürchtet, dass die Türkei in eine Autokratie abdriftet. Wie sehen Sie das?

Nick: Ein Präsidialsystem ist nicht von vornherein undemokratisch, aber – wie wir aus unserer eigenen Geschichte wissen – besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Die jetzt angestrebten Veränderungen der türkischen Verfassung sind – jedenfalls in der Summe – darauf angelegt, die Gewaltenteilung mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und der Unabhängigkeit der Justiz weitgehend außer Kraft zu setzen. Dies sind aber notwendige Grundelemente, damit eine demokratische staatliche Ordnung diesen Namen auch tatsächlich verdient.

Außerdem findet die Abstimmung unter den Bedingungen des Ausnahmezustands mit massiven Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit statt.

Eine Vielzahl türkischer Regierungsmitglieder hat versucht, unter ihren Landsleuten in EU-Ländern, insbesondere in Deutschland und den Niederlanden, für die Verfassungsreform zu werben. Wenn eine solche Veranstaltung verboten worden war, teilten sie rhetorisch aus und sprachen von Nazi-Methoden. Wo ist die rote Linie?

Nick: Bei den Menschen in Deutschland gibt es ein verbreitetes Unverständnis, dass innenpolitische Auseinandersetzungen der Türkei in diesem Ausmaß hier bei uns in Deutschland ausgetragen werden. Andererseits stärkt es durchaus die Glaubwürdigkeit unseres Eintretens für Demokratie und Meinungsfreiheit in der Türkei, wenn wir in unserem Land auch solche Meinungsäußerungen mit Gelassenheit ertragen, die unseren politischen Vorstellungen widersprechen.

Veranstaltungen müssen aber ordnungsgemäß und mit offenem Visier angemeldet werden. Von ihnen darf auch keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgehen. Insofern ist es zu begrüßen, dass die AKP jetzt offenbar mehr Zurückhaltung übt und auf weitere Veranstaltungen in Deutschland verzichtet.

Kann die Türkei, so wie sie sich derzeit entwickelt, überhaupt noch Mitglied der EU werden?

Nick: Eine Vollmitgliedschaft in der EU ist unter den derzeitigen Bedingungen keine realistische Perspektive. Sie entsprach auch nie den politischen Zielvorstellungen von CDU und CSU. Wir haben aber ein vitales Interesse an einer prosperierenden Türkei mit einer stabilen Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft, die nach Europa und Westen ausgerichtet bleibt.

Es deutet vieles darauf hin, dass in der türkischen Regierung derzeit diejenigen Kräfte die Oberhand haben, die in der Verfolgung ihrer innenpolitischen Ziele einen Bruch mit Europa und dem Westen nicht nur in Kauf zu nehmen bereit sind, sondern möglicherweise ganz bewusst herbeiführen wollen.

Unsere klare Botschaft muss sein: Die innere Verfasstheit der Türkei darf nicht immer stärker in Gegensatz zu ihren eigenen strategischen Interessen an guten – auch wirtschaftlichen – Beziehungen zu Deutschland und Europa geraten. Von der Entscheidung beim Referendum geht daher auch eine wichtige Signalwirkung aus, ob sich die Türkei noch weiter von Demokratie und Rechtsstaatlich-

keit und damit auch von einer europäischen Perspektive abwendet.

Durch das Flüchtlingsabkommen ist die EU auf das Wohlergehen der Türkei angewiesen. Kann das gutgehen?

Nick: Die Türkei hat seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs über drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Schon aus humanitären Gründen müssen wir gemeinsam alles tun, um das menschenverachtende Geschäft der Schlepper zu unterbinden. Dazu müssen wir in der Lage sein, auch mit schwierigen Partnern zusammenzuarbeiten.

Das Flüchtlingsabkommen liegt nicht nur im Interesse der EU, sondern auch der Türkei. Neben der Sicherung der EU-Außengrenze mit der Türkei geht es dabei vor allem um die Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge in der Türkei selbst – durch konkrete Projekte etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt.

Erdogan provoziert Deutschland immer wieder – etwa indem er Bundestagsabgeordneten verwehrt, deutsche Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik zu besuchen, oder indem er Mitglieder der türkisch-islamischen Vereinigung Ditib als Spitzel benutzt. Nun sitzt ein deutsch-türkischer Journalist wegen angeblicher Volksverhetzung in Untersuchungshaft. Wann ist das Maß voll?

Nick: Aufgrund der geostrategischen Lage der Türkei als NATO-Mitglied, aber auch angesichts von über drei Millionen Menschen türkischer Herkunft in unserem Land haben die deutsch-türkischen Beziehungen immer einen besonderen Charakter. Beide Seiten sollten damit jederzeit verantwortlich umgehen. Die teils unerträgliche Rhetorik von Herrn Erdogan weisen wir daher in aller Klarheit und Eindeutigkeit zurück.

Wir sollten uns aber auch nicht provozieren lassen, sie in gleicher Weise zu beantworten. Die rhetorische Eskalation unsererseits weiter voranzutreiben, würde im Zweifel nur ihm innenpolitisch nützen.

Wir sagen aber auch in aller Deutlichkeit: Bei Demokratie und Meinungsfreiheit gibt es keinen Rabatt und keine Kompromisse. Journalisten müssen unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen können und dürfen dafür nicht im Gefängnis landen. Wir fordern ein faires und rechtsstaatliches Verfahren für Deniz Yücel und die über 150 weiteren inhaftierten Journalisten und ihre baldige Freilassung.

»Wir fordern faire Verfahren für die inhaftierten Journalisten.«

»Eine Vollmitgliedschaft in der EU ist derzeit keine realistische Perspektive.«

Den Rechtsstaat durchsetzen

Menschen ohne Bleiberecht konsequent zurückführen



Das BAMF überprüft die Identität der Flüchtlinge.

© Michael Reiche/Infphoto UG/Picture Alliance

Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen. Allein in den Jahren 2015 und 2016 stellten über eine Million Schutzsuchende einen Asylantrag in unserem Land. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat in beiden Jahren über 978.459 Asylanträge entschieden und bei 574.835 einen Schutzgrund anerkannt. Dies entspricht einer Quote von knapp 56 Prozent.

Zu einem rechtsstaatlichen Verfahren gehört aber auch, dass die Menschen, die kein Bleiberecht erhalten, das Land wieder verlassen. Die Integration derer, die bleiben dürfen, und die Rückkehr derjenigen, die nicht bleiben dürfen, sind zwei Seiten derselben Medaille. Dieser Grundsatz ist für die Union unverzichtbar.

Ausreisepflicht konsequent durchsetzen

Die Rückkehrerzahlen sind immer noch zu niedrig. Ende Dezember 2016 hielten sich in Deutschland rund 208.000 ausreisepflichtige Personen auf. Dieser hohen Zahl standen rund 54.000 vom Bund geförderte freiwillige Ausreisen und 26.654 Abschiebungen gegenüber. Da über die Anträge von etwa 400.000 Asylsuchenden erst noch entschieden werden muss, wird die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer weiter zunehmen. Vor allem die in erster Linie zuständigen Länder müssen ihre Abschiebeanstrengungen verstärken.

Rückführungen sind in der Praxis oft schwierig umzusetzen. Das gilt besonders dann, wenn keine gültigen

Ausweispapiere vorliegen. Auf Betreiben der Union wurde deshalb das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht erarbeitet, das der Bundestag am 23. März in 1. Lesung beraten hat. Es sieht unter anderem vor, dass Mitarbeiter des BAMF künftig berechtigt sind, Handys oder andere Datenträger von Asylsuchenden auszulesen, wenn keine gültigen Ausweispapiere vorliegen. Außerdem wird der Druck auf Ausreisepflichtige erhöht, die ihre Identität verschleiern, eine falsche Staatsangehörigkeit angeben oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigern. Sie sollen sich künftig nur noch im Bezirk ihrer Ausländerbehörde aufhalten dürfen. Geplant ist auch, dass

der Widerruf der Duldung vor einer Abschiebung nicht mehr angekündigt werden muss. Zusammen mit der geplanten Verlängerung des Ausreisegewahrsams von vier auf zehn Tage soll es somit künftig deutlich schwerer sein, sich einer Abschiebung zu entziehen.

Auch in punkto Sicherheit setzt der Gesetzentwurf wichtige Zeichen. Ausreisepflichtige, von denen eine erhebliche Gefahr ausgeht, sollen in Zukunft leichter in Abschiebehaft genommen werden können. Zudem soll vor einer Abschiebung unter bestimmten Voraussetzungen eine Überwachung mit technischen Hilfsmitteln wie einer elektronischen Fußfessel zulässig sein.

Bundesländer müssen handeln

All diese Maßnahmen machen aber nur Sinn, wenn die Bundesländer bereit sind, Ausreisepflichtige auch tatsächlich zurückzuführen. Die Zurückhaltung vieler rot-grün oder rot-rot-grün regierter Bundesländer bei dieser Aufgabe ist inakzeptabel. Alle Flüchtlinge durchlaufen ein rechtsstaatliches, individuelles Verfahren, das gerichtlich überprüfbar ist und international Vorbildcharakter hat. Wer meint, seine Einschätzung über die der Experten des BAMF und der Gerichte stellen zu dürfen, offenbart ein zweifelhaftes Rechtsstaatsverständnis und erweist dem Asylrecht einen Bärendienst. Diese Haltung führt unser Asylsystem ad absurdum und zerstört die Akzeptanz für die Aufnahme wirklich schutzbedürftiger Flüchtlinge. Daran kann niemand ein Interesse haben.

Politischer Nachwuchs erobert den Bundestag

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, diskutierte am 14. März mit 300 Praktikantinnen und Praktikanten der Fraktion. Die jungen Frauen und Männer unterstützen für sechs Wochen die Arbeit der Abgeordneten und Referenten und nehmen an Plenar-, Arbeitsgruppen- oder Ausschusssitzungen teil. Zahlreiche Diskussionsrunden mit Ministern und Abgeordneten sowie Besichtigungen und Führungen durch das politische Berlin runden das Programm ab. Das Praktikantenprogramm der Fraktion besteht seit Mitte der 90er Jahre und wurde durch den damaligen Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble ins Leben gerufen.



© Steven Rösler

Im Osten viel Neues

Wie stellt sich mehr als 26 Jahre nach der Einheit die wirtschaftliche und politische Lage in den neuen Bundesländern dar? Ist der Aufbau Ost vollendet? Wie lässt sich erklären, dass es beim Wahlverhalten zwischen Ost und West noch immer Unterschiede gibt? Diese und viele andere Fragen diskutierten der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Michael Grosse-Brömer, und führende CDU-Abgeordnete aus den neuen Bundesländern am 23. März während eines Redaktionsbesuches bei der Zeitschrift »SuperIllu«, die seit ihrer Gründung im Sommer 1990 in Ostdeutschland eine große Reichweite hat.



© SuperIllu

Das Leid der Jesiden

Im Sommer 2014 vertrieb der sogenannte Islamische Staat tausende Jesidinnen und Jesiden aus ihren Siedlungsgebieten im nördlichen Irak, tötete oder versklavte sie. Noch immer sind zahlreiche Menschen in seiner Gewalt. Die junge Jesidin Nadia Murad (2.v.l.) konnte fliehen und wirbt als UN-Sonderbotschafterin eindringlich um Hilfe für ihr Volk. Ende März sprachen der Kirchenbeauftragte der Fraktion, Franz Josef Jung, die Integrationsbeauftragte Cemile Giousouf und der menschenrechtspolitische Sprecher Michael Brand mit ihr und dem Projektleiter des Sonderkontingentes Nordirak, Michael Blume (v.l.n.r.), über die juristische Verfolgung der Täter, die humanitäre Hilfe Deutschlands und die Sonderaufnahmeprogramme einzelner Bundesländer.



© Steven Rösler

Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe

Gruppe der Frauen hat Belange der weiblichen Abgeordneten im Blick

Die 79 weiblichen Mitglieder der CDU/CSU-Bundstagsfraktion sind in der soziologischen Gruppe der Frauen zusammengeschlossen. Die Frauen aus den unterschiedlichsten Fachbereichen treiben dort politische Anliegen voran, die die weibliche Hälfte der Gesellschaft besonders betreffen. Da Frauen sich auf allen Feldern der Politik engagieren, ist sowohl die Breite der Themen, die in den regelmäßigen Sitzungen besprochen werden, als auch die Anzahl der Aktivitäten groß.

Die Gruppe der Frauen blickt auf eine außerordentlich erfolgreiche Legislaturperiode zurück. Eines ihrer Kernanliegen ist weiterhin, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Frauen sollen frei wählen können, wie sie ihr berufliches und familiäres Engagement in Erziehungs- wie Pflegeaufgaben gut miteinander vereinbaren wollen. Mit dem Ausbau der Kita-Betreuung, dem ElterngeldPlus und dem Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit hat die Unionsfraktion bereits wichtige Schritte getan. Auch die dreistufige Pflegereform kommt nicht zuletzt Frauen zugute. Denn nach wie vor sind sie es, die den größten Anteil an bezahlten und unbezahlten Pflegeaufgaben übernehmen.

Für die Frauenquote, die kompetenten Frauen den Zugang zu Führungspositionen erleichtert, hat sich die Gruppe der Frauen seit längerem eingesetzt. Dasselbe gilt für die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Denn noch immer verdienen Frauen in vergleichbaren Positionen häufig weniger als Männer. Das sogenannte Entgelttransparenzgesetz wurde Ende März vom Bundestag verabschiedet und soll noch in dieser Wahlperiode in Kraft treten. Mit der Reform des Teilzeitgesetzes sollen Angestellte, die ihre Arbeitsstundenzahl reduziert haben, das Recht zur Rückkehr in die Vollzeitarbeit bekommen. Auch das betrifft hauptsächlich Frauen.

Als Meilensteine bewertet die Gruppe der Frauen drei Gesetze, für die sie sich stark gemacht hatte. Mit der Aufstockung der Mütterrente wird die Lebensleistung älterer Mütter klarer anerkannt. Außerdem wurde die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen umfassend gestärkt. In Bezug auf Vergewaltigungen wurde unmissverständlich klargestellt: »Nein« heißt »Nein«. Eine sexuelle Handlung wird somit auch dann als Vergewaltigung gewertet, wenn das Opfer sich zwar nicht körperlich wehrt, aber seine Ablehnung unmissverständlich klarmacht. Selbstverständlich gilt der Schutz vor sexueller Gewalt auch für Mädchen und Frauen in der Zwangsprostitution. Daher hat die Gruppe der Frauen ihre Forderungen nach einem Prostituiertenschutzgesetz konsequent durchgesetzt.

Blick über den Tellerrand hinaus

Wichtig ist den weiblichen Unionsabgeordneten aber auch der Blick über den Tellerrand. Die Situation von Mädchen und Frauen, die in vielen Ländern massiv diskriminiert werden und alltäglicher Gewalt ausgesetzt sind, muss Gegenstand der Außenpolitik sein. Daher wendet sich die Gruppe der Frauen in zahlreichen internen Gesprächen und Veranstaltungen besonders verletzlich Gruppen zu, beispielsweise den Jesidinnen in den vom IS besetzten Gebieten des Irak, aber auch Frauen aus Minderheiten in Indien, Pakistan oder Ägypten. Gleichzeitig nimmt die Gruppe der Frauen die Bedürfnisse der weiblichen Schutzsuchenden, die zu uns geflüchtet sind, in den Blick.

Bundeskanzlerin beim Netzwerkerinnentreffen

Ein Highlight unter den großen Veranstaltungen der jüngsten Zeit war das Netzwerkerinnentreffen. Auf Einladung der Gruppe der Frauen trafen sich 150 Multiplikatorinnen aus den Bereichen Wirtschaft, Presse, Frauenverbände und Politik zum Gedankenaustausch. Ehrengast des Treffens war Bundeskanzlerin Angela Merkel.



Mitglieder der Gruppe der Frauen mit ihrer Vorsitzenden Karin Maag (7.v.r.)

Betriebsrente soll attraktiver werden

Fragen und Antworten zur Reform – Steuerliche Förderung wird ausgebaut – Geringverdiener profitieren

Warum muss die Betriebsrente weiterentwickelt werden?

Die Betriebsrente hat eine lange Tradition. Sie steht für die soziale Verantwortung der Unternehmen und für Sozialpartnerschaft. Der Gesetzgeber hat bereits in den 1970er Jahren die Rahmenbedingungen gesetzt, die bis heute kontinuierlich fortentwickelt wurden. So wurden 2002 der Anspruch auf Entgeltumwandlung und die Riester-Förderung eingeführt.

Betriebsrenten sind ein Erfolgsmodell. Rund 60 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland verfügen bereits über entsprechende Ansprüche. Die betriebliche Altersvorsorge steht aber auch vor Herausforderungen, zu denen beispielsweise die Niedrigzinsphase gehört. Es sind viele Vorschläge an die Unionsfraktion herangetragen worden, die Betriebsrente weiter zu reformieren. Im Koalitionsvertrag wurde dieses Anliegen aufgegriffen.

Was hat die Koalition schon auf den Weg gebracht?

Die Koalition hat bereits in Umsetzung einer EU-Richtlinie Verbesserungen beschlossen, was die Möglichkeit zur Mitnahme der Betriebsrente beim Wechsel des Arbeitgebers betrifft. Auch die »Unverfallbarkeit« der Betriebsrenten, also der Erhalt einmal erworbener Ansprüche, wurde verbessert.

Was kommt jetzt?

Derzeit liegt ein guter Gesetzentwurf zur Betriebsrente vor. Ihm ging ein

intensiver Austausch der Koalition sowohl mit den Sozialpartnern als auch mit Wissenschaftlern und anderen Experten voraus.

Es geht um die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge, die attraktiver werden soll. Mit dem Gesetz setzt die Koalition bessere Rahmenbedingungen. So sollen für die Ausgestaltung von Betriebsrenten auch bei der Kapitalanlage flexiblere Vorgaben als bisher gelten. Spürbar ausgebaut wird zudem die steuerliche Förderung der Betriebsrente.

Wer wird damit erreicht?

Das sind zum einen Geringverdiener. Hier erhält der Arbeitgeber künftig Zuschüsse, wenn er die Beiträge seiner Mitarbeiter zur Betriebsrente finanziell aufstockt. Verbessert werden auch die Bedingungen der Riester-Rente. So wird die Grundzulage spürbar angehoben. Neben den Geringverdienern werden davon ganz besonders Alleinerziehende profitieren.

Welche Spielräume entstehen für die Tarifpartner?

Die Tarifpartner sollen die Möglichkeit erhalten, neue Modelle für eine Betriebsrente anzubieten, bei denen weniger strenge Regeln als bisher für die zu garantierende Ausschüttung gelten. Die Möglichkeiten an den Kapitalmärkten können dann besser als bisher genutzt werden. Da sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften an der Steuerung beteiligt sind, geht die Fraktion davon aus, dass die Sozialpart-

ner mit den neuen Möglichkeiten verantwortungsbewusst umgehen und die Interessen der Beschäftigten im Blick haben. Sie erhalten zum Beispiel die Möglichkeit zur Vereinbarung eines Sicherungsbeitrags, mit dem Kapitalmarktrisiken abgepuffert werden können.

Welche weiteren Vorteile hat dieses Modell?

Wählen die Tarifpartner ein solches Modell, müssen die Arbeitgeber eingesparte Sozialversicherungsbeiträge in die Betriebsrente einfließen lassen. Arbeitnehmer können von den Tarifvertragsparteien automatisch in diese Betriebsrente einbezogen werden. Dagegen ist aber auch ein Widerspruch möglich.

Was passiert mit bisherigen Betriebsrentenzusagen?

Diese können natürlich fortgeführt werden. Das neue Modell ist nur eine zusätzliche Option.

Wie geht das Verfahren weiter?

Ende März findet eine Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales statt. Nach der Bewertung des Gesetzentwurfes durch die Experten entscheidet die CDU/CSU-Fraktion, ob sie noch Änderungen vorschlagen wird. Im Frühjahr soll das Verfahren im Bundestag abgeschlossen werden. Dann muss das Gesetz möglichst bis zur Sommerpause durch den Bundesrat.

Deutschlands Bevölkerung wird älter. Dies zeigt die demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung, die im März im Bundestag beschlossen wurde. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Altersgruppe der Menschen über **65** besonders stark wachsen und 2060 zwischen **22** und **23** Millionen betragen. Stark schrumpfen wird dagegen die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter: Der Anteil der **20**- bis **64**-Jährigen wird von **61** Prozent 2013 auf etwa **51** bis **52** Prozent 2060 sinken. Dennoch sind die »Alten« so aktiv wie nie zuvor. Fast jeder **4.** arbeitet länger. Und das nicht nur aus Finanznot. Jeder **2.** arbeitet **15** bis **20** Stunden aus Freude an der Arbeit. Die Politik dringt deshalb auf eine altersgerechte Ausgestaltung der Arbeitswelt mit flexiblen Arbeitsmodellen, Flexi-Rente, Förderung von Existenzgründern und Weiterbildungsmaßnahmen.

Fairness für die Industrie

Von *Günter Back*, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der thyssenkrupp Steel Europe AG

Wie wichtig Industriearbeitsplätze für die Volkswirtschaften sind, hat die letzte große Finanzmarktkrise noch einmal deutlich gemacht. Im Wesentlichen war es die starke Realwirtschaft, die Deutschland – schneller als anderen Ländern – geholfen hat, diese bedrohliche Situation zu überwinden. Trotz dieser Erkenntnis steht der Industriesektor in Deutschland vor großen Herausforderungen.

Für die Entwicklung von Innovationen und Zukunftstechnologien in unserem Land ist industrielle Fertigung unverzichtbar. Doch die Überregulierungen und damit die Angriffe auf die industriellen Kerne nehmen zu. Die geplante Neugestaltung des europäischen Emissionshandels ist nur ein Beispiel dafür.

Nun ist sicher nichts gegen das Bestreben einzuwenden, den CO₂-Ausstoß zu verringern. Doch wenn man durch Anforderungen an die Industrie, die technisch nicht zu erfüllen sind, die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich erschwert, muss man auch den Willen und den Mut haben, diejenigen mit einer Art Umweltzoll zu belegen, die ihre Produkte mit einer viel höheren CO₂-Belastung produzieren und auf dem europäischen Markt absetzen wollen.

Dabei geht es mir nicht um Abschottung, sondern um fairen Handel und um vergleichbare Wettbewerbsbedingungen. Im Übrigen wird auch hier die Chance vertan, wirklich etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun. Niemandem ist damit gedient, wenn Produkte, die unter schlechteren Umweltschutzstandards – oft auch schlechteren Sozialstandards – und dadurch kostengünstiger hergestellt werden können, die industrielle Fertigung in Europa verdrängen.

Leider war dies schon viel zu oft zu beobachten. Immer ging das mit Arbeitsplatzverlust der betroffenen Belegschaften und oft auch mit dem Verlust von Innovationsfähigkeit einher. In der Konsequenz wurden Umweltbelastungen importiert und Arbeitsplätze exportiert.

Sorge macht mir auch die zunehmend ablehnende Haltung in der Bevölkerung, wenn es um neue Industriean siedlungen geht. Hier sehe ich die Wirtschaftsverbände in der Mitverantwortung. Unter der Prämisse »Tue Gutes und rede darüber« erwarte ich einfach mehr Einsatz in der Frage, welche Bedeutung die Industrie für unser Gemeinwohl hat. Wir brauchen ein klares Bekenntnis der Politik zum Industriestandort Deutschland mit Rahmenbedingungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern und die Innovationskraft fördern.

Eine starke industrielle Basis ist entscheidend für ein wohlhabendes und wirtschaftlich erfolgreiches Europa.



© T. Range / S. Perat / G. Reidick

Damit wird zu Recht in der EU ein Programm zur Reindustrialisierung begründet. Während in Deutschland die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie zurückgeht und Firmen Probleme haben, Flächen für neue Betriebe zu finden, geht man in Europa bereits andere Wege.

Ich bin Mitglied der Industriegewerkschaft Metall, da ist klar, dass mir die Arbeitsplätze in der Industrie besonders am Herzen liegen. Industriearbeitsplätze zeichnen sich durch besondere Sozialstandards aus und sind damit Motor der Binnennachfrage. Gerade im Industriesektor haben sich Mitbestimmungsstrukturen entwickelt, die dem Prinzip der Sozialpartnerschaft nahekommen. Dabei geht es nicht nur um Entgelttarifverträge, sondern auch um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Beteiligung sowie betriebliche Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung.

Neue Herausforderung für die betrieblichen Akteure wird das sein, was man mit Industrie 4.0 in Verbindung bringt. Entscheidend für die Akzeptanz ist, wie die Teilhabe an Arbeit gestaltet wird. Arbeitsprozesse werden sich verändern und mobiles Arbeiten verändert das Zusammenleben in den Familien, wenn das Zuhause zum Arbeitsplatz wird. Gesetze zum Schutz der Beschäftigten müssen berücksichtigt werden. Berufsbilder und damit Ausbildungsinhalte müssen angepasst werden – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zur Sicherung guter Arbeitsplätze ist zukünftig der Zugang zu Qualifikationen und Weiterbildungen von noch größerer Bedeutung. In der Digitalisierung liegen Chancen, aber auch Risiken. Die gemeinsame Aufgabe besteht darin, den Nutzen zu heben, aber auch einen sozialen Ausgleich zu gestalten.

Die Industriebetriebe sind – meiner Meinung nach – bestens geeignet, Lösungen für die Herausforderungen zu finden, die eine Digitalisierung mit sich bringt. Industrie 4.0 wird dann gelingen, wenn wir die Frage nach Arbeit 4.0 beantworten können.

Impressum

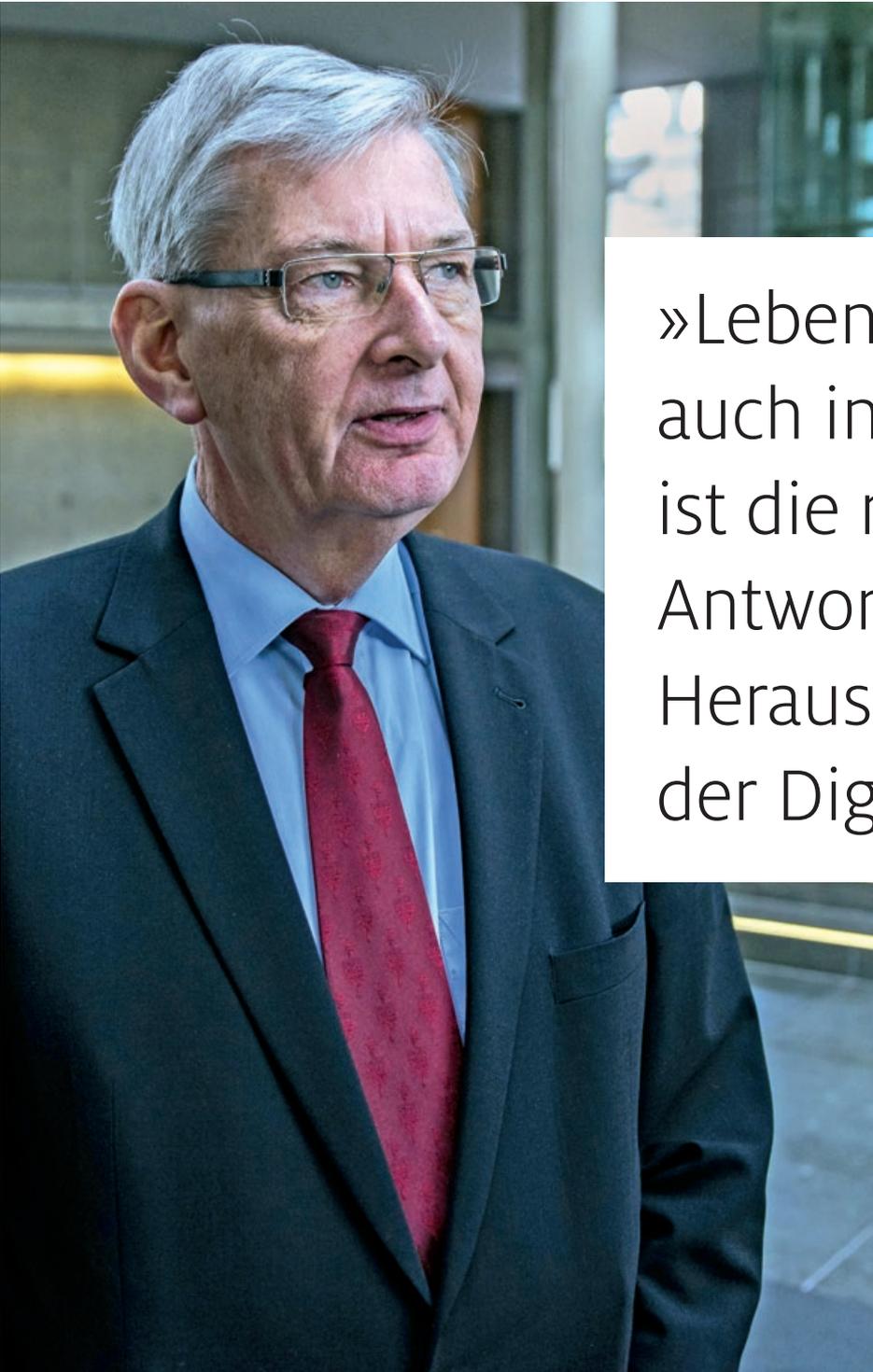
Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantwortl.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.





»Lebenslanges Lernen auch in den Betrieben ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung.«

Karl Schiewerling, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur Notwendigkeit der Fortbildung

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

© Steven Rösler

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducsu.de

 [www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de

 www.youtube.com/cducsu

Fraktion direkt:
www.cducsu.de/fd

 twitter.com/cducsu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 [www.instagram.com/
cducsu](https://www.instagram.com/cducsu)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducsu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducsu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

24. April 2017
9. Energiepolitischer Dialog

26. April 2017
Tag der Inneren Sicherheit
»Bürger und Staat schützen«